

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 35 Pf. — Einzelne Nummern 10 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittag 12 Uhr angenommen. — Insetionspreis 10 Pf. pro dreispaltiger Corpusspalt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger daselbst.

No. 96.

Sonnabend, den 10. November

1894.

Donnerstag, den 15. November d. Js., 1 Uhr Nachmittags

gelangen in dem Dorfe **Blankenstein** 12 Rube, 6 Kalben, 3 Schweine, 14 Ferkel und 4 Pferde zur Versteigerung. Viehverammlung in der **Waischen** Gastwirthschaft daselbst. **Wilsdruff**, den 7. November 1894. **Secretär Busch, Gerichtsvollz.**

Rückblicke und Ausblicke.

Noch immer umhüllt ein gewisses geheimnißvolles Dunkel die Vorgänge, aus denen heraus die jüngste Kanzler- und Ministerkrise so übercastend entstand. Denn wie zahlreich und mannichfach auch die Deutungen und Auslegungen in dieser Beziehung gewesen sind — sie haben doch nicht vermocht, eine nach allen Seiten hin erschöpfende Aufklärung der Ursachen des gleichzeitigen Rücktritts der Grafen Capriotti und Eulenburg zu geben. Es ist eben auch hierin wieder einmal nach dem bekannten Goethe'schen Rezept gearbeitet worden:

Im Auslegen sind frisch und munter,
Legt ihr's nicht aus, so legt was unter. . .

Aber selbst den scharfsinnigsten Combinationen ist es nicht gelungen, die vermittelnden Glieder in der Kette der vermuthlichen oder selbst wahrscheinlichen Erklärungen für den so plötzlich stattgefundenen politischen Szenariowechsel aufzufinden, es bleiben da verschiedene Lücken zurück und ihre Ausfüllung muß einfach einer späteren Zeit überlassen bleiben.

Mit diesem sich von selber ergebenden Schluß erschöpft sich zunächst auch das Interesse an dem Coulissenspiel, welches dem abermaligen Wechsel in den höchsten Aemtern des Reiches und Preußens vorangegangen war, jetzt tritt die Frage nach der weiteren Entwicklung der neugeschaffenen Lage zwingend in ihre Rechte. Vielsach glaubt man aus einer Reihe von Einzelheiten schließen zu müssen, daß nicht nur ein Wechsel der Personen, sondern auch ein solcher des Systems in der Richtung einer schärferen Betonung des conservativen Gedankens in der Regierung stattgefunden haben. Zum Belege dessen weist man auf die Berufung eines Mannes von der bekannten politischen Richtung und Vergangenheit des bisherigen Unterstaatssekretärs v. Koller an die Spitze des preussischen Ministeriums des Innern hin, man führt zum weiteren Beweise den als feststehend zu erachtenden Rücktritt des Landwirtschaftsministers v. Heyden an, der ja allerdings keineswegs völlig ein Minister nach dem Herzen der altpreussischen Conservativen war, ebenso werden ferner der Empfang der Ostpreußen beim Kaiser und noch andere Vorgänge als Anzeichen einer sich vollziehenden Schwelung in der Reichs- und preussischen Politik nach rechts hin gedeutet. Trotzdem wäre es offenbar mindestens verfrüht, aus allen diesen Erscheinungen auf einen beschlossenen Systemwechsel schließen zu wollen mit einem solchen würde es sich schon nicht vereinbaren, daß Staatssekretär Fröhner von Markschall, der doch einer der markantesten Vertreter des geschicktesten neuen Curses war, nicht nur auf seinem Posten verbleibt, sondern auch zum preussischen Staatsminister mit Sitz und Stimme im Cabinet ernannt worden ist. Doch sprechen neben dieser einen bekannten Thatsache auch noch andere Erwägungen dagegen, daß in absehbarer Zeit eine energische Rechtschwelung in unserer gesammten inneren Politik zu erwarten stände.

Wie nun eigentlich der Wind unter der Aera Hohenzollern wehen wird, darüber dürften schon die kommenden Wochen einen erstmaligen Aufschluß enthalten. Am 5. December tritt der Reichstag zu seiner neuen Session zusammen, deren ursprünglich auf den 15. November anberaumt gewesene Eröffnung mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen wichtigen Personalveränderungen die beschlossene fast dreiwöchige Hinausschiebung erfahren hat. Der Beginn der parlamentarischen Winterthätigkeit im Reiche wird dem neuen Reichskanzler zweifellos sehr bald Anlaß geben, sich über die Grundlinien seiner Gesamtpolitik zu äußern und vielleicht wird schon nach diesen zu erwartenden Erklärungen eine einigermaßen zutreffende Beurtheilung des neuesten Curses möglich sein. Im Uebrigen bleibt es bedauerlich, daß die Ereignisse eine so verzögernde Einwirkung auf die Enderung des Reichsparlaments geübt haben, denn es kann unter keinen Umständen förderlich für seine Geschäfte sein, wenn sein Zusammentritt erst im letzten Monat des Jahres erfolgt.

Tagesgeschichte.

Prinz Heinrich von Preußen tritt, soweit bekannt, an diesem Freitag die Reise nach Petersburg an, um daselbst seinen kaiserlichen Bruder bei der Besetzungsfest des Kaisers Alexander zu vertreten. Die hier und da noch immer zu vernehmende Meinung, Kaiser Wilhelm werde sich vielleicht doch noch persönlich nach Peteröburg begeben, um dem ver-

storbenen Caren die letzte Ehre zu erweisen, ist selbstverständlich ganz unbegründet, was u. A. auch daraus hervorgeht, daß es bei der Abhaltung der Jagden des Kaisers in den Plesinger Forsten am 16. und 17. November verbleibt.

Die wirthschaftliche Lage der Juden wird in dem neuesten Verwaltungsberichte der Stadt Breslau statistisch beleuchtet. Die schlesische Hauptstadt zählt 190 700 Evangelische, 125 458 Katholiken und 17 750 Juden. Das (über 900 Mt.) betragende steuerpflichtige Einkommen beträgt rund 59 400 000, der Katholiken rund 20 800 000, der Juden rund 24 000 000 Mt. Es entfällt also ein jährliches Einkommen auf den Kopf der Evangelischen 1510, der Katholiken 1070, der Juden aber 4110 Mt. Je höher die Einkommensstufen sind, desto größer ist auch der Prozentsatz der Juden, die sich daran betheiligen. So versteuern ein Einkommen von 6—12 000 Mt.: 1071 Evangelische, 593 Katholiken, aber 528 Juden. Die Zahl der Gesinten beträgt: Evangelische 53 500, Katholiken 34 400, Juden 8000. Auf das Tausend der betreffenden Confession entfallen daher 20 Evangelische, 9 Katholiken und 87 Juden. Ein Einkommen von 12 bis 48 000 versteuern 393 Evangelische, 80 Katholiken, 285 Juden, auf das Tausend also 7, 2, und 47. Ein Einkommen von 48 000 Mt. und mehr besitzen 43 Evangelische, 3 Katholiken, 37 Juden, auf das Tausend also 1 Evangelischer, 0,1 Katholik und 6 Juden. Man wird nicht daran zweifeln dürfen, daß in anderen Städten ein ähnliches Verhältnis herrscht. Die Juden und ihre Beschützer zeigen die Christen, die auf solche Mißverhältnisse aufmerksam machen, des Reiches und suchen den Grund des wachsenden jüdischen Wohlstandes in angeblich höherer Beschäftigung, größerem Fleiß und stärkerer Thätigkeit der Juden gegenüber den Christen. Das ist nicht stichhaltig. In aller Welt, selbst in Amerika ist die Arbeitskraft, der Fleiß und die Beschäftigung gerade der Deutschen hochgeschätzt. . . und Juden pflegen aus Deutschland nur wenige auszuwandern. Was den Grund zu dem übermäßigen Wohlstande der Juden gelegt hat, ist die Strupplosigkeit, mit der die Juden jedes — auch das unlauterste — Mittel zum „Verdienen“, benutzen, daß sie ihre ganze Energie dem einzigen Zwecke „Geld zu machen“, widmen. Daß auch eine immer größere Zahl von Christen diesem unchristlichen Grundfahne huldigt, ist zu bedauern, aber doch auch bei den heutigen Zeitläuften erklärlich. Daß aber bei dem auf diese Weise erworbenen Wohlstande Einzelner der Mittelstand immer tiefer sinken muß, ist klar. Die Breslauer Wohlstandskritik verdient also schon in dieser Hinsicht volle Würdigung und Nachahmung seitens der anderen großen Stadtverwaltungen und des Staates. Die große Capitalansammlung in den Händen der Juden ist aber, darüber mag man sich nicht täuschen, überhaupt eine stete Gefahr für die deutschen Christen. Wiederholt hat die jüdische Presse mit den Machtmitteln des Judenthums — und das ist das Geld — gedroht, um die Christen, die sich von dem jüdischen Einflusse emancipiren wollen, zurückzuschrecken, und thatsächlich wird ein großer Theil der Christenheit durch das jüdische Capital in slavischer Abhängigkeit erhalten. Aber weiter: Wer anders fällt denn die Cassen der Umfurpartei an, als die Juden, wer liefert ihnen die „Intelligenzen“? Das jüdische Capital. Beschneiden wir inbessien die Haupterwerbszweige der jüdischen „Aristokratie“: das Börsenspiel, das Speculanten-, das Bankwesen, die Verrechnungsmittel der „niederem“ Judenthums: der Auktionen, Ausverkauf-Gelegenheiten, den „unlauteren Wettbewerb“, so wird das das Wachstum jüdischer Vermögen erschweren und für redlichen und mühsamen Erwerb nach alter deutscher Art wieder die Bahn öffnen.

Dem Rücktritte des preussischen Landwirtschaftsministers v. Heyden folgt nun doch auch die bisher angezeigte Demission des Justizministers Dr. v. Schelling nach. Während das Ausscheiden des Herrn v. Heyden aus der Regierung allseitig als ein Zugeständniß an die Rechte aufgefaßt wird, welcher der zurücktretende Chef des landwirthschaftlichen Ressorts niemals besonders sympathisch war, scheint der Rücktritt Dr. von Schellings lediglich durch sein vorgerücktes Lebensalter bedingt zu sein. Als künftiger Landwirtschaftsminister gilt nach wie vor der Oberpräsident von Posen, von **Williamowicz-Wöllendorff**, als bestimmter Nachfolger des bisherigen Justizministers nennt man den Präsidenten der Reichsbank, Dr. **Koch**, welche Wahl allerdings eine äußerst glückliche genannt werden müßte, denn Herr Dr. Koch verbindet mit hervorragender juristischer Beschäftigung eingehende

Kenntniß des geschäftlichen und wirthschaftlichen Lebens. Mit der Berufung Dr. Kochs an die Spitze der preussischen Justizverwaltung würde dann die Frage der Nachfolger in dem so wichtigen Präsidium der Reichsbank entstehen, welcher Posten an seinen Inhaber ganz ungewöhnliche Anforderungen stellt.

Berlin, 8. November. Der Anarchist Schauer, welcher bei einem Zusammenstoß mit Polizisten sechs Revolverkassette obgab und dabei drei Polizisten verwundete, in dessen Wohnung ferner bei einer Hausdurchsuchung sozialrevolutionäre Druckschriften, Schiffsrevolver, Dicitriche, Revolver, Chemikalien, Utensilien zur Sprengstoffbereitung, eine ungeladene Granate und ein Schrapnel gefunden wurden, ist heute vom Schwurgericht zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. Sein Genosse Anarchist **Dräwe** wurde wegen Beihilfe zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt.

Berlin. Das in hiesigen politischen Kreisen umgehende Gerücht, daß der Reichshofier Graf Paul Schumalow demnächst von Berlin abberufen werden würde, um in seiner Heimath einen hohen Posten zu übernehmen, dürfte mindestens verfrüht sein. Es ist leicht möglich, daß er für den Fall des Rücktritts des Ministers v. Giers dessen Nachfolger in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands werden wird. Borsläufig hat der neue Jar aber den greisen und bewährten Minister seines eben verstorbenen Vaters aufgefordert, weiter im Dienste zu bleiben, und für die nächste Zeit ist wohl kein Ministerwechsel auf dieser Stelle zu erwarten. Daß man hier den Grafen Schumalow sehr ungern scheiden sehen würde, bedarf keiner besonderen Versicherung. Ist er doch selbst zu einer Zeit, als die Wogen des Deutschenhasses in allen amtlichen Kreisen seines Heimathlandes bedenklich hoch gingen, unentwegt und schließlich auch mit entschiedenem Erfolge bemüht gewesen, die deutsch-russischen Beziehungen von der in Rußland vorherrschenden deutschfeindlichen Strömung freizuhalten und den Faden zwischen St. Petersburg und Berlin nie ganz abreißen zu lassen. Daß ein Staatsmann mit solcher Gesinnung in der unmittelbaren Nähe des neuen Jaren noch mehr Gutes stiften könnte als auf dem Berliner Posten, ist unabweisbar. Deshalb wäre zu wünschen, daß sich das Gerücht von seiner Ernennung zu einem hohen Vertrauensamte in Rußland in absehbarer Zeit bestätigen möchte.

Berlin. Wenn auch äußerlich wenig von dem Bierbojotti verlautet, so wird derselbe doch mit aller Schärfe weitergeführt. Immer schwieriger gestaltet sich aber für die Sozialdemokratie die Aufbringung der Mittel für die Streikenden. Die Leiter des hiesigen Gewerkschaftsartikels „Nappen“ jezt die verschiedenen Gewerkschaften ab, um herauszuholen, was noch herauszubringen ist. Es herrscht hierüber viel Unwille, und jezt beim Herandbruch des Winters wird selbstverständlich die Opferwilligkeit der Genossen noch viel mehr nachlassen; da feste und Vergütungen ganz, Versammlungen so gut wie ganz ausfallen, kommt nichts in die große allgemeine Parteilasse, so daß, wenn nicht bald Wandel geschaffen wird, die Streikenden ohne Unterstützung bleiben werden. Das eigenthümliche Verhalten der Dresdener Walbschloßchen-Brauerei wird natürlich von den hiesigen Hepaposteln nach Kräften ausgenutzt. Die hiesigen Ringbrauereien sind aber fester als je entschlossen, zusammenzuhalten. Welche hochmüthige Behandlungen sich die Brauereien, die sich dem Willen der Sozialdemokratie gebeugt, gefallen lassen müssen, davon kann man sich keinen Begriff machen: Herren im eigenen Hause sind die betreffenden Brauereileiter nicht mehr; die Ringbrauereien wollen die im Interesse des Ansehens und der Entwicklung der Industrie bleiben, und sie werden es auch bleiben.

Zur Neugestaltung des Börsenwesens schreibt die **Röln. Volkstg.** Dieser Tage ist die Konferenz der Delegirten der Bundesregierungen, welche im Reichsamt des Innern zur Berathung über die gesetzgeberische Ausgestaltung der von der Börsen-Umfrage-Kommission gemachten Vorschläge zusammengetreten war, geschlossen worden. Die Konferenz hat nur „leitende Gesichtspunkte“ festgesetzt, nach welchen nur die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs im Reichsamt des Innern erfolgen soll, während der verwalterrechtliche Theil der Reform, so insbesondere die Errichtung eines „Disciplinarhofs“ an jeder Börse und die Einrichtung einer „Emissionsbehörde“ unter staatlicher Mitwirkung den Einzelstaaten überlassen werden soll. Es soll in der Konferenz zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten gekommen sein, namentlich über die Fragen der Haftung